



Pressemeldung

05.01.2023

Rekordeinnahmen bei Hundesteuer: Deutscher Tierschutzbund fordert Unterstützung für Tierheime

Angesichts der stetig steigenden Einnahmen aus der Hundesteuer erneuert der Deutsche Tierschutzbund seine Forderung nach mehr Unterstützung für die Tierheime. Bundesweit durchbrachen die kommunalen Einnahmen durch die Hundesteuer 2021 erstmalig die 400 Millionen-Euro-Grenze. Aktuelle Medienberichten zu Folge erreichten allein in Nordrhein-Westfalen die Einzahlungen in den ersten neun Monaten 2022 mit 104,6 Millionen Euro einen neuen Rekord.

„Während die Tierheime unter der wachsenden Kostenlast zusammenbrechen, vermelden viele Kommunen Rekordeinnahmen aus der Hundesteuer. Die Wut im karitativen Tierschutz über die politische Ignoranz vieler Kommunen steigt. Die Lage der Tierheime ist brisant, es braucht zusätzliche Hilfe – in erster Linie von den Kommunen, aber auch von den Ländern und vom Bund“, kommentiert Thomas Schröder, Präsident des Deutschen Tierschutzbundes. „Wenn die Hälfte der kommunalen Einnahmen aus der Hundesteuer einmalig in einen Topf für die Tierheime fließen würde und der Bund noch mal genauso viel dazu gibt, wäre den Tierheimen sehr geholfen.“

Steuern sind nicht zweckgebunden und fließen in den allgemeinen kommunalen Haushalt. „Somit finanzieren Hundehalter mit ihrer Abgabe etwa auch die Renovierung der Diensträume oder den Dienstwagen von Bürgermeistern“, so Schröder. Währenddessen müssten sich die Tierheime von den Kommunen vielfach anhören, dass nicht genügend Geld da sei. In der Folge müssen sie sogar für die Aufgaben, die sie im öffentlichen Auftrag übernehmen, wie die Fundtierbetreuung, eigene Gelder zuschießen. „Angesichts der Rekordeinnahmen aus der Hundesteuer kann es nicht länger sein, dass Tierheime die Kommunen aus Spendengeldern quasi subventionieren. Das bisherige Verhalten vieler Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, die sich der Pflichtaufgabe Tierschutz möglichst billig entledigen, ist nicht mehr hinnehmbar.“

Kommunen profitieren vom Haustierboom

Städte und Gemeinden sind aus Sicht des Deutschen Tierschutzbundes die heimlichen Gewinner des coronabedingten Haustierbooms der vergangenen zwei Jahre, in denen sich viele Menschen Hunde und andere Tiere neu angeschafft haben – oft spontan und unüberlegt. Währenddessen muss der karitative Tierschutz bis heute die Folgen oft falsch verstandener Tierliebe schultern: In den Tierheimen wurden und werden immer mehr Tiere und immer mehr Hunde mit erhöhtem Betreuungsaufwand aufgenommen und versorgt. Hinzu kommt: Auch Hundehalter, die die Tierheime entlasten, indem sie ihr Tier adoptieren statt kaufen, werden zur Kasse gebeten. Nur wenige Kommunen erlassen oder reduzieren die Hundesteuer für Hunde aus dem Tierheim.

Hinweis an die Redaktionen: Seine Forderungen zur Unterstützung der Tierheime erhebt der Deutsche Tierschutzbund auch im Rahmen der aktuellen Kampagne „Jetzt mehr Tierschutz!": www.jetzt-mehr-tierschutz.de/tierheime

Bundesgeschäftsstelle
Presseabteilung

In der Raste 10
53129 Bonn
Tel: 0228/60496-24
Fax: 0228/60496-41

E-Mail:
presse@tierschutzbund.de
Internet:
www.tierschutzbund.de

Gemeinnützigkeit
anerkannt

Registergericht
Amtsgericht Bonn
Registernummer
VR3836

Sparkasse KölnBonn
BLZ 370 501 98
Konto Nr. 40 444

IBAN:
DE88370501980000040444
BIC:
COLS DE 33

Bildmaterial



Bildunterschrift: Von den steigenden Einnahmen aus der Hundesteuer haben die Tierheime und Tierheimhunde nichts.

Copyright: Deutscher Tierschutzbund e.V. / Bildermitherz

Download Bild 1: [hier](#)

Download Bild 2: [hier](#)

Weitere Fotos senden wir Ihnen auf Wunsch gerne zu.